

THEMA IM LANDTAG

Kommunalwahl 2006: Die SPD kann siegen – nicht nur in Hannover

Es war eine Szene mit Symbolcharakter: Als Christian Wulff am Abend des 10. September im Hannoverschen Rathaus den NDR-Zuschauern erklären wollte, warum die CDU die Kommunalwahlen in Niedersachsen gewonnen hat, war er kaum zu verstehen. Denn just in dem Augenblick betrat der strahlende Sieger unter dem Jubel seiner Anhänger die Bühne: Stephan Weil, der gerade im ersten Wahlgang zum neuen Oberbürgermeister der Landeshauptstadt gewählt worden war. Ein SPD-Wahlsieger stahl dem amtierenden Ministerpräsidenten die Schau.

Zugegeben: So brillant wie in Hannover lief es nicht überall in Niedersachsen für die SPD. In manchen Städten und Gemeinden gab es auch herbe Niederlagen, die in den nächsten Wochen zu analysieren sein werden. Entscheidend aber ist: Der »Durchmarsch«, den die CDU angekündigt hat, ist ausgeblieben. Die SPD hat gezeigt, dass sie auch unter schwierigen Rahmenbedingungen Wahlen gewinnen kann. Entsprechend lang waren am Wahlabend denn auch die Gesichter bei der politischen Konkurrenz.

Bei den Stichwahlen am 24. September hat die SPD die besten Chancen, unter anderm den Präsidenten der Region Hannover und – um nur einige zu nennen – die Oberbürgermeister in den Städten Oldenburg, Osnabrück, Delmenhorst und Göttingen **zu gewinnen**. Damit wäre der Triumph perfekt.

Natürlich lassen sich die Ergebnisse von Kommunalwahlen nicht eins zu eins auf die Landesebene übertragen. Die Menschen wissen sehr genau zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik zu unterscheiden. Und das ist, um mit einem bekannten SPD-Wahlsieger zu sprechen, auch gut so. Klar ist aber auch: Wer so engagiert, kreativ und kompetent gekämpft hat wie die vielen ehrenamtlichen SPD-Wahlhelfer, kann im nächsten Jahr auch eine Landtagswahl gewinnen.

Zu gewinnen

Bei den Stichwahlen am 24. September hat die SPD die besten Chancen, unter anderm den Präsidenten der Region Hannover und – um nur einige zu nennen – die Oberbürgermeister in den Städten Oldenburg, Osnabrück, Delmenhorst und Göttingen **zu stellen**. Damit wäre der Triumph perfekt.

Landesweit erreichte die SPD bei der Kommunalwahl am 10. September 36,6% der Stimmen (Kommunalwahl 2001: 38,6%), die CDU kommt auf 41,3% (-1,3%), Bündnis 90/Die Grünen 7,8% (+1,1%), FDP 6,7% (+0,5%), Sonstige 7,6% (+1,7%).

SPD-Sieger der Direktwahlen für Oberbürgermeister oder Landräte:

- OB Alwin Brinkmann (70,5%), Stadt Emden
- LR Bernhard Bramlage (67,8%), Landkreis Leer
- LR Frank Eger (68,2%), Kreis Oldenburg
- LR Heinz-Gerhard Schöttelndreier (65,8%), Kreis Schaumburg
- LR Bernhard Reuter (62,1%), Kreis Osterode
- LR Franz Einhaus (61,3%), Kreis Peine
- OB Ulrich Mädge (61,3%), Stadt Lüneburg
- LR Marion Lau (60,2%), Kreis Gifhorn
- LR Stephan Manke (52,6%), Kreis Goslar
- OB Stephan Weil (52,3%), Stadt Hannover

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner,
Fraktionsvorsitzender

nach der Wahl ist vor der Wahl – selten war das so wahr wie gegenwärtig. 14 Tage nach den Kommunalwahlen und eine Woche nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind wieder viele Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zum Urnengang aufgerufen: Am 24. September kommt es in vielen Städten und Landkreisen zu Stichwahlen. Für die SPD bietet sich damit die große Chance, das hervorragende Ergebnis vom 10. September noch zu verbessern. Voraussetzung dafür ist aber eine gute Wahlbeteiligung.

Beim ersten Wahlgang haben erschreckend viele Bürgerinnen und Bürger auf die Stimmabgabe verzichtet. Auch wenn sicher viele der Nicht-Wähler mit der Kommunalpolitik vor Ort zufrieden sind: Wenn fast jeder zweite Niedersachse die Kommunalwahl einfach ignoriert, ist das ein Grund zur Besorgnis.

Euer

Wolfgang Jüttner

Landshaushalt 2007 ohne Impulse für das Land

»Wir sind der festen Überzeugung, dass allein der Markt auf Dauer Lebensqualität und Teilhabe nicht gewährleisten kann. Deshalb streiten wir um Tragweite und Weite von Staatstätigkeit.« Mit diesen Sätzen begann Wolfgang Jüttner den programmatischen Teil seiner diesjährigen Haushaltsrede. Jüttner zeigte den wesentlichen Unterschied zwischen dem gesellschaftlichen Bauplan der konservativ-liberalen Regierungskoalition und dem der Sozialdemokratie auf.

Die gegenwärtige Landesregierung sieht das Heil Niedersachsens in der Reduzierung der Staatsaufgaben auf ein Minimum und in der ideologisch motivierten Privatisierung von Landesvermögen. So ist der geplante Verkauf der Landeskrankenhäuser nicht nur rechtsstaatlich bedenklich, sondern auch haushalterisch unsinnig.

Die Landesregierung vertraut weiter auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, obwohl allenthalben erkennbar ist, dass der Markt an vielen Stellen versagt, ja versagen muss. Der Arbeitsmarkt und der Markt um Ausbildungsstellen, haben sich längst von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Ein Sofortprogramm zur Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze lehnt die CDU aber ab. Sie setzt lieber auf immer weitere Steuersenkungen und appelliert lediglich an die Unternehmen, Jobs zu schaffen und Jugendlichen eine Ausbildungsstelle zu gewähren. Selbst CDU-Ministerpräsident Rüttgers hat dies schon als die »Lebenslüge« der Union bezeichnet. Die hiesige CDU hat dies noch nicht erkannt.

Der Haushaltplanentwurf der Landesregierung setzt keinerlei Impulse. Das Zah-

lenwerk entspricht damit aber dem Weltbild der Regierung. Trotz erheblicher Steuermehreinnahmen wird auf die Erhöhung der dringend benötigten staatlichen Investitionen verzichtet. Die Finanzplanung sieht sogar noch eine weitere Rückführung der Investitionsquote vor, die bereits heute bundesweiter Negativrekord ist. Es fehlen weiter jegliche neuen Initiativen für Bildung, Wissenschaft und Innovation. Niedersachsen fällt im Ländervergleich immer weiter zurück, doch die Landesregierung bleibt untätig. Impulse hat es in der Vergangenheit nur gegeben wenn des darum ging, die Lasten des Landes auf die Schultern der Kommunen zu legen. Die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches wird den Städten und Gemeinden bis Ende 2007 Einnahmeausfälle von fast 500 Mio. Euro bescheren.

In diesem Jahr hat Finanzminister Möllring das Haushaltsschloss ohne eigenes Zutun schließen können: Durch die anspringende Konjunktur, den beginnenden Subventionsabbau und die Erhöhung der Mehrwertsteuer steigen die Steuereinnahmen deutlich an. Die Verschiebung von Baumaßnahmen am JadeWeserPort und ein haushalterischen Taschenspieltrick, der Steuermehreinnahmen von 2006 nach



**Wolfgang Jüttner,
Fraktionsvorsitzender**

2007 verschiebt, konnten den Haushalt schließlich ausgleichen.

Der Haushalt 2007 steht aus Sicht der Landesregierung also, eine Weichenstellung in Richtung Zukunft fehlt aber auch diesmal.

Sofortprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen auflegen

Es fehlen Ausbildungsplätze. Nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland. Die Niedersächsische Landesregierung hat dies Problem aber bisher ignoriert.

»Der niedersächsische Ausbildungspakt – dies ist unsere feste Überzeugung – reicht längst nicht mehr aus«, stellte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Günter Lenz angesichts der immer größer werdenden Ausbildungsplatzlücke fest. »Immer mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger bleiben auf der Strecke, auch weil sich immer mehr Unternehmen aus der Verantwortung stehlen.«

Es ist daher notwendig, zusätzlich 4.000 außerbetriebliche Ausbildungsstellen in Niedersachsen zu schaffen, um den Jugendlichen eine Perspektive zu geben, die

am regulären Ausbildungssplatzmarkt keine Chance haben. »Eine außerbetriebliche Ausbildung kann immer nur der zweitbeste Weg sein, solange aber massenhaft Ausbildungsplätze im dualen System fehlen, muss der Staat eingreifen«, stellt Lenz fest.

Der DGB hat hierzu ein Sofortprogramm ausgearbeitet. Die Finanzierung des bundesweit auf 50.000 zusätzliche Ausbildungsstellen ausgerichteten Programmes kann aus den Überschüssen der Arbeitslosenversicherung bestritten werden. Diese Forderung wird auch von führenden CDU-Politikern erhoben: »Deshalb fordere ich, dass mit 600 Millionen Euro ein kleiner Teil des Überschusses der Bundesagentur für Arbeit in einen solchen einmaligen Befreiungsschlag gesteckt wird«, sagte der hessische Ministerpräsident Koch.



**Günter Lenz,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher**

Die niedersächsische Landesregierung aber redet die Zahlen schön und ist nicht bereit, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

»Gammelfleisch« – Krimi empört SPD Fraktion

»Nach jedem Fleischskandal die gleichen Schaufensterreden – wann folgen Taten?«, fragte Karin Stief-Kreihe, die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag in der Aktuellen Stunde die Landesregierung.

»Fleischskandale in München, Lastrup, Passau, Gelsenkirchen, Frankfurt und Dillingen machen nicht an Landesgrenzen halt«, stellte die SPD-Agrarexpertin fest. Den Verbrauchern sei es egal, wo der Händler sitze, sie verlangten nur eins: einwandfreie Ware auf ihrem Teller!

Aufgeschreckt durch eine mutmaßlich verdorbene Fleischlieferung Anfang September aus Bayern nach Niedersachsen prüften die Behörden schnellstens den Verbleib und konnten zeitnah Entwarnung geben: Kein verdorbenes Fleisch in Niedersachsen!

Nur ein kurzes Aufatmen, denn schon kam die nächste Meldung: Ein dubioser Fleischhändler aus Lastrup, Niedersachsen, soll 8 Tonnen bereits beschlagnahmtes Fleisch in Umlauf gebracht haben. Er sei vorbestraft, habe keine Lizenz und das Fleisch illegal aus einem Hamburger Kühlhaus abtransportieren lassen und in verschiedene Bundesländer weiterverkauft.

Der letzte Fleischskandal war 2005. Aber was hat die Landesregierung daraus gelernt? Mit welchen Maßnahmen hat sie sich konkret für die Sicherheit der Verbraucher eingesetzt?

Für Karin Stief-Kreihe stellten sich aus den Vorgängen eine ganze Reihe weitere Fragen, die dem CDU-Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen in der Aktuellen Stunde vorgetragen worden sind:

- Wo bleibt der Einsatz für ein besseres Verbraucherinformationsgesetz?
- Wann werden die Untersuchungsergebnisse der landesweiten bzw. bundesweiten Kühlhausüberprüfungen von 2005 vorgelegt?
- Wurde nun endlich mit den angekündigten Schulungs- und Fortbildungsprogrammen für Kontrolleure und Händler begonnen?
- Wann erfolgen aus der Einteilung in Risikokategorien die personellen Konsequenzen?

- Wurde die Anzahl der Kontrolleure erhöht oder die Kontrolldichte verstärkt?
- Wie sicher ist die freiwillige Meldepflicht? – Denn sie ist nur mit dem Verband der Niedersächsischen Fleischwarenfabriken, aber nicht mit dem Fleischerverband Nds./Bremen abgeschlossen.

Auf alle Fragen blieb der CDU-Minister die Antworten schuldig.

Am kommenden Tag beantragte die CDU eine Dringliche Anfrage zum Thema »Kriminelle ächten, Verbraucher schützen, niedersächsische Ernährungswirtschaft stärken!«. Was sie an den Tag brachte, war ein von Minister Ehlen minutiös dargestelltes Szenario der Gammelfleischlieferung aus Bayern und ihrer Aufklärung in Niedersachsen. Er lobte ein gut funktionierendes System in Niedersachsen; Kontrolleure, Staatsanwaltschaft und sein Haus als Fachaufsicht seien gut aufgestellt; »Verbraucherschutz auf hohem Niveau« wurde postuliert.

Interessant war zu diesem Zeitpunkt, dem 14. 9., die medienmäßige Skandalisierung des Falles »Bünnemeyer« aus Lastrup in Niedersachsen. Angeblich sei der »coup« Bünnemeyers, das beanstandete Fleisch aus dem Hamburger Kühlhaus illegal abtransportiert zu haben, bereits seit April den Behörden bekannt gewesen.

Dies war der Grund dafür, dass am darauf folgenden Tag, dem 15. 9., das Thema dann noch mal als dringlicher Antrag im Landtag auf die Tagesordnung genommen wurde. Die SPD-Sprecherin, Karin Stief-Kreihe, warf dem Minister in aller Deutlichkeit vor, zwei Tage lang über den Fleischskandal geredet, aber es nicht für nötig gehalten zu haben, Parlament und Öffentlichkeit über den neuen Fall »Bünnemeyer« zu informieren. Sie warf dem Minister vor, seine Fachaufsicht nicht ordnungsgemäß auszuüben und den Verbraucher »hinters Licht zu führen«.

Seit dem letzten Fleischskandal hat die Regierung nichts Wirksames unternommen. Die Länderminister hatten seinerzeit einen 13-Punkte-Katalog verabschiedet, vor einem Jahr hieß das nur noch 10-Punkte-Sofortprogramm. Die Inhalte sind

fast identisch, umgesetzt wurde bis heute kaum etwas. Nun soll es zukünftig eine »länderübergreifende Qualitätssicherung mit Auditierung« geben. Wer allerdings die Auditierung, die Kontrolle der Kontrolle durchführen soll, darüber schweigt man sich lieber aus. Genauso ist unklar, wie die Umsetzung bundeseinheitlich auf Kreisebene erfolgen soll.

Das Verbraucherschutzgesetz wurde nach vielen Beratungen auf Bundesebene »weich gespült«, nach Auffassung der niedersächsischen SPD in vollem Bewusstsein, dass eine Verschärfung gegenüber

Minister Ehlen zum Thema Ekelfleisch :



„Sie können mir gar nichts anhängen!“

den Unternehmen einen besseren Verbraucherschutz gewährleisten würde. Das im Juni in Niedersachsen von Kommunen und dem Land eingeführte Verbraucherinformationssystem sei nur ein isoliertes Projekt und hat keine länderübergreifenden Bezüge.

Die SPD-Fraktion schlussfolgert: Die Landesregierung widersetzt sich erfolgreich altbekannten notwendigen Maßnahmen und Forderungen aus Fachkreisen. Für die Agrarexpertin Karin Stief-Kreihe steht fest: »Es gibt noch hunderte von Fällen. Einer davon wird wieder auf den Tisch kommen«. Die SPD wird weiter Druck auf die Landesregierung ausüben, um den Verbraucher vor den Machenschaften der »Fleischmafia« bestmöglich zu schützen.

Weitergehende Lösung wäre möglich gewesen

Reduzierte Rundfunkgebühr für internetfähige Computer

5,52 Euro werden nach den Vorstellungen der ARD-Intendanten ab dem 1. Januar 2007 für internetfähige Computer fällig. Die Ministerpräsidenten werden auf ihrer Konferenz vom 18. bis 20. Oktober 2006 in Bad Pyrmont über diesen Vorschlag entscheiden.

»Wir wünschen uns einen vollständigen Verzicht auf diese Gebühr, um Zeit zu haben, um grundsätzlich die heutige Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu überdenken«, sagte die medienpolitische Sprecherin Amei Wiegel. Die SPD hatte das Thema auf die Tagesordnung der Landtagssitzung gesetzt und in einem Entschließungsantrag gefordert, die Gebührenpläne ganz fallen zu lassen.

Ursprünglich sollte ab dem 1. Januar 2007 für internetfähige Computer sogar die vollständige monatliche Rundfunkgebühr von 17,03 fällig werden. Wiegel: »Dies hätte kleine Unternehmen und

Selbstständige, Freiberufler und Landwirte unverhältnismäßig stark belastet, zumal sie bereits für ihren privaten Computer Rundfunkgebühren bezahlen und ARD und ZDF bis heute kein Vollprogramm ins Netz stellen.«

»Jetzt kommt es darauf an, dass wir nach einer breiten öffentlichen Debatte einen Konsens über eine zukunftsfähige Gebührenstruktur für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk finden«, so Wiegel. »Die Erfahrungen der letzten Monate haben einmal mehr gezeigt, dass die Geheimdiplomatie der Staatskanzleien nicht länger akzeptiert werden kann.«



Amei Wiegel,
medienpolitische Sprecherin

Verkaufsverfahren der Landeskrankenhäuser sofort stoppen

Immer mehr Pannen, Merkwürdigkeiten und Unklarheiten

Seit dem Start des Bieterverfahrens zum Verkauf der niedersächsischen Landeskrankenhäuser im Mai 2006 häufen sich Pannen, Merkwürdigkeiten und Ungereimtheiten. Die SPD-Fraktion hat deshalb in einem Antrag den sofortigen Stopp des Bieterverfahrens gefordert, bis alle Unklarheiten beseitigt sind.

In einer heftigen Debatte im Landtag begründete der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Schwarz, den Antrag mit einer langen Liste von Seltsamkeiten, die inzwischen aufgetreten sind. Es seien beispielsweise verschiedene Kaufinteressenten schon in der ersten Runde ausgeschieden, ohne dass nachvollziehbare Kriterien dafür genannt worden seien. »Das riecht nach Willkür und der Begleichung alter Rechnungen«, so Schwarz im Landtag.

Auch gäbe es Indizien, wonach das bisherige Verkaufsverfahren gegen die Transparenz- und Gleichbehandlungsgebote europäischen Vertragsgesetzes verstößt. So sei der Oldenburger Psychiatrieverbund offiziell zum so genannten »zurückgestellten Bieter« erklärt worden, obwohl es einen solchen Status überhaupt nicht gibt. Schwarz: »Offenbar wollte sich das Sozialministerium mit diesem Trick nur über die Kommunalwahlen retten, um die auch in der eigenen Partei wachsenden Widerstände aus den Regionen zu begrenzen.«

Der Mitarbeiter von drei großen Klinikketten, die durch Personalversammlungen der Landeskrankenhäuser geplägt seien, um gute Stimmung für einen Verkauf der Landeskliniken zu machen. »Zufällig sind ausgerechnet diese drei Klinikgiganten in die nächste Runde des Bieter-

Maßregelvollzugs des Landes nicht privatisiert werden können. Im Gegenteil: Die Arbeitsgruppe empfiehlt sogar, dass auch zwangsweise eingewiesene Patientinnen und Patienten nur durch Landesbeschäftigte betreut werden dürfen.«

Die Wulff-Regierung mache damit deutlich, dass es ihr weder um die Belange der Patientinnen und Patienten noch um die Zukunft der versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskliniken gehe. » Ihnen geht es nur noch um Gewinnmaximierung – und zwar so schnell wie möglich«, erklärte Schwarz.

Während der gesamten Landtagsdebatte ergriffen die Sozialpolitiker der CDU-Fraktion nicht das Wort. Schwarz: »Es ist schon entlarvend, dass in dieser hochsensiblen Frage der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Althusmann, und der Finanzminister, Herr Möllring, das Wort führen. Die eigentlich zuständige Sozialministerin ist offenbar mit dem Verfahren überfordert und hat keine Vorstellung davon, wie künftig die psychiatrische Versorgung im Land aussehen soll.«

Ungeklärt sei auch die Rolle verschiede-

verfahrens aufgestiegen. Das ist schon sehr anrüchig«, kritisierte Schwarz.

Nicht zuletzt habe das Ministerium die Einschätzung einer eigens von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe von Rechtsexperten ignoriert, wonach der



Wulff-Regierung darf sich nicht aus der Verantwortung für Kinder und Jugendliche stehlen! Zukunft des Landesjugendamtes ungewiss

In der Debatte um die Zukunft des Landesjugendamtes warnt die SPD-Fraktion vor weiteren Einsparungen bei Kindern und Jugendlichen. »Ausgerechnet im ‚Jahr der Jugend‘ versucht die Landesregierung, erneut den Rotstift anzusetzen«, erklärte der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Albers, am 14. September im Landtag.

Albers: »Dieser Landesregierung fällt nichts anderes ein, als die durch die Föderalismusreform gegebene neue Freiheit dazu zu nutzen, die Einheitlichkeit und Fachlichkeit der Jugendhilfe und die Beratung der Träger von Kindertagesstätten zu zerschlagen.« Die SPD-Fraktion lehne insbesondere die von der FDP geforderte Kommunalisierung ab. »Dies würde dazu führen, dass die Städte und Gemeinden künftig als Kostenträger die Aufsicht über die eigenen wie auch die Einrichtungen freier Träger hätten. Sie würden sich also selbst kontrollieren«, erklärte Albers weiter.

Albers erinnerte daran, dass das Vorgehen offenbar schon ein »Kennzeichen dieser Landesregierung sei, möglichst wenig ihrer landespolitischen Verantwortung

wahrzunehmen und dies mit dem Begriff der Kommunalisierung zu kaschieren.«

Die SPD-Fraktion sei demgegenüber der Auffassung, dass gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik eine zentrale landespolitische Verantwortung bestehe. Entscheidend sei insofern nicht, wie künftig das Landesjugendamt organisiert sei. Vielmehr müssten im Mittelpunkt die Inhalte stehen.

Immerhin gebe es nunmehr erste Signale, dass die massive Kritik der Betroffenen aus den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden endlich zu einer Versachlichung der Diskussion führt.

»Wir müssen in Zukunft die Jugendhilfe stärken und die Qualitätssicherung in den Kitas ausbauen. Es ist bezeichnend, dass



**Michael Albers,
jugendpolitischer Sprecher**

diese beiden zentralen Aspekte bislang in den Überlegungen von CDU und FDP keine Rolle zu spielen scheinen«, sagte Albers.

Innenminister blockiert Terrorbekämpfung

»Die Terrorbekämpfung in Niedersachsen leidet unter Defiziten des Polizeihaushalts und an den Denkverboten des amtierenden Innenministers«, sagte SPD-Innenpolitikexperte Heiner Bartling in einer Aktuellen Stunde im Niedersächsischen Landtag.

Sogar eine behördensübergreifende Anti-Terror-Fachtagung stand auf der Streichliste: Am 17. August schickte das Landeskriminalamt Niedersachsen ein Fernschreiben u.a. an den MAD und an den Bundesnachrichtendienst. Inhalt des Fernschreibens: »Aus haushaltstechnischen Gründen kann die Arbeitstagung ‚Islamistischer Terrorismus‘ am 12.09.2006 leider nicht stattfinden und muss von daher abgesagt werden.« Einen Tag später, als jemand beim Landeskriminalamt angerufen hatte, wurde das zurückgenommen: »Eine erneute Prüfung ergab, dass die o.a. Veranstaltung doch wie vorgesehen durchgeführt werden kann. Das Bezugs-Fernschreiben vom 17.08.2006 wird insofern zurückgenommen.« Da war gerade der Attentatsversuch von Koblenz durch die Medien gegangen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist jedoch nicht nur die Haushaltsslage bei der Polizei, sondern auch das Verhältnis des Innenministers zur

Wahrheit. In seiner Pressemitteilung Nr. 170 vom 22. August 2006 hat der Innenminister folgende nachweislich falsche Behauptung aufgestellt: »Die Anti-Terror-Konferenz des Landeskriminalamtes ist nicht abgesagt. Dies war auch nicht geplant.« »Ich frage mich, wie dünnhäutig ein Innenminister sein muss, der es für nötig erachtet, die Öffentlichkeit mit solchen Unwahrheiten in die Irre zu führen«, erklärte Bartling. »Zwischenzeitlich haben CDU und FDP eingeräumt, dass im Polizeihaushalt sechs Millionen Euro fehlen, so dass an allen Ecken und Enden gespart werden muss.«

Doch nicht nur fehlende Finanzmittel behindern die Terrorbekämpfung. Am 8. September berichtete die Hannoversche Neue Presse von bemerkenswerten Vorkommnissen in der Polizeidirektion Hannover: »Eine für den 1. Oktober geplante Umstrukturierung wurde vom (niedersäch-

sischen) Innenministerium ... auf Eis gelegt. Dabei entspricht der Plan exakt der Linie des Ministeriums ...« Es geht um die Einrichtung eines Fachkommissariats bei der Polizeidirektion in Hannover. Der Innenminister hat die effektive Neuaustrichtung der Polizeidirektion in letzter Minute gestoppt – mit der Begründung, dass er erst einmal die Ergebnisse der Polizeistrukturreform aus dem Jahr 2004 abwarten wolle. Dazu der Bund Deutscher Kriminalbeamter: »Stattdessen plant Herr Innenminister Schünemann die Anschaffung von Fußfesseln für Personen aus eben diesen terroristischen Kreisen. Bevor Sie die Fußfesseln anlegen können, Herr Innenminister, müssen diese Personen erst einmal ermittelt werden. Und wer könnte diese Personen ermitteln? U. a. der polizeiliche Staatsschutz der PD (Polizeidirektion) Hannover.«

»Fehlende Haushaltssmittel und halsstarre Ministervorgaben sorgen für eine empfindliche Einschränkung der Terrorismusbekämpfung in Niedersachsen. Hier liegt derzeit einiges im Argen«, sagte Heiner Bartling.

Justizkrimi um das Gerichtszentrum Hannover

Nur vage Antworten konnte die CDU-Justizministerin auf die bohrenden Nachfragen der SPD-Fraktion zum geplanten Justizzentrum in Hannover geben. Bereits seit Monaten beschäftigt die von der Justizministerin beabsichtigte Anmietung des Bredero-Hochhauses die Presse. Schlagzeilen von einem »Wirtschaftskrimi« füllen die Lokalteile der Zeitungen.

Vieles deutet darauf hin, dass es sich nicht nur um einen Wirtschafts-, sondern auch um einen handfesten Justizkrimi handelt. Warum ist die Justizministerin auf diesen Projektentwickler hereingefallen, obwohl er Ende April nicht einmal die erforderliche Bürgschaftserklärung für eine Auflösungsvormerkung vorlegen konnte? Welches Interesse hatte die Ministerin daran, Herrn Hippler durch eine Absichtserklärung kreditwürdig zu machen? Dazu die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Heike Bockmann: »Die Ministerin konnte den Verdacht nicht ausräumen, dass die Absichtserklärung vom 20. Juli ohne jede Not einzig abgegeben wurde, um einem in Finanzkreisen bislang eher unbekannten Projektentwickler die Finanzierung zu ermöglichen. Immerhin geht es um einen zwanzigjährigen Mietvertrag mit einem Gesamtvolumen von ca. 37,7 Mio. Euro. Das bei diesen Summen keine Alternativangebote geprüft werden, halte ich für höchst bedenklich«, sagte Bockmann.

Die SPD-Rechtsexpertin stellte klar, dass

sich die SPD-Landtagsfraktion keineswegs gegen ein Fachgerichtszentrum an einem zentralen Ort in der hannoverschen Innenstadt wendet.

»Wir sind für ein solches Fachgerichtszentrum, allerdings muss es bei der Anmietung mit rechten Dingen zugehen. Hier habe ich derzeit große Zweifel: Erst am 13. Juli hatte die Justizministerin in ihrer Antwort auf eine Landtagsanfrage versichert, dass alternative Angebote sorgfältig geprüft werden. Exakt eine Woche später unterzeichnete sie jedoch eine Absichtserklärung zugunsten des Projektentwicklers, gegen den mittlerweile sogar staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet worden sind. In dieser Woche hat keiner der alternativen Anbieter etwas von der Ministerin gehört. Von sorgfältiger Prüfung alternativer Angebote kann daher keine Rede sein«, erklärte Bockmann.

»Dies verwundert mich, weil andere seriöse Investoren schlüssige Konzepte vorgelegt hatten, die nicht zuletzt auch den gravierenden Bedenken Rechnung tragen, die die Personal- und Richterräte der betrof-



**Heike Bockmann,
rechtspolitische Sprecherin**

fenen Fachgerichte gegen das Bredero-Hochhaus geäußert hatten. »Dieser Justizkrimi wird Gerichte und Staatsanwaltschaften noch eine ganze Weile beschäftigen«, prognostizierte Bockmann. »Ich bin sehr gespannt, wie lange es der Ministerin noch gelingen wird, ihre Hände in Unschuld zu waschen.«

Bei Gansäuer herrscht Ordnung – Einspruch zwecklos!

Die Tagesordnung der Septembersitzung des Landtages ist durch einen ungewöhnlichen Tagesordnungspunkt aufgefallen. »Einspruch gegen einen Ordnungsruf« hieß es unter TOP 6.

Was war geschehen? Der Abgeordnete Werner Buß erhielt in der Juli-Sitzung des Landtages von Präsident Gansäuer einen Ordnungsruf gegen den er sich zur Wehr setzte – erfolglos, wie bei den Mehrheitsverhältnissen nicht überraschend ist.

Im Juli debattierte der Landtag über die Frage, ob die Aussage von Christian Wulff, Bundeskanzlerin statte dem Land Niedersachsen in Osnabrück einen offiziellen Antrittsbesuch ab, der Wahrheit entspricht oder nicht.

Der CDU-Abgeordnete Althusmann hat jedoch nicht zur Sache, also zum Wahrheitsgehalt der Äußerungen des Minister-

präsidenten gesprochen, sondern hat sich allgemeine Ausführungen zur generellen Bedeutung des Besuches einer Bundeskanzlerin verloren.

Werner Buß wollte Herrn Althusmann mit einem Zwischenruf auffordern, endlich zur Sache zu sprechen und rief: »Es geht doch um die Wahrheit!« Der Abgeordnete Althusmann antwortete auf den Zwischenruf mit den Worten: »Lieber Kollege Buß, mit der Wahrheit sollten gerade Sie es sehr ernst nehmen. Deshalb komme ich jetzt zu dieser Wahrheit.« Daraufhin entgegnet Werner Buß: »Erklären Sie das mal!«. Hierfür war ein Ordnungsruf fällig!

Wer also verlangt, dass im Parlament nicht nur herumschwadroniert, sondern zum Thema geredet wird, bekommt vom Präsidenten einen Ordnungsruf. – Einspruch zwecklos.



**Werner Buß,
Abgeordneter der SPD-Fraktion**

FDP setzt Eiertanz bei Bleiberecht fort

Erneut eingeknickt ist die FDP-Landtagsfraktion in Sachen Bleiberecht. Erst am 12. Juli – rechtzeitig vor der Kommunalwahl – hatte der FDP-Landtagsfraktionsvorsitzende die Bitte an den Koalitionspartner CDU gerichtet, die Frage der Bleiberechtsregelung noch einmal neu zu diskutieren. Wörtlich führte er im Landtag aus: »Wir sagen sehr klar: Wenn man das Gefühl hat, dass die bestehende Rechtslage nicht mit den eigenen ethischen oder moralischen Vorstellungen übereinstimmt, dann stehen wir alle gemeinsam in der Verantwortung, genau diese Rechtslage gemeinsam zu ändern.«

»Bedauerlicherweise haben weder Herr Rösler noch seine Fraktion das erforderliche Rückgrat, um sich zu dieser Verantwortung zu bekennen«, sagte SPD-Innenpolitikexpertin Jutta Rübke. »Bislang sind sämtliche parlamentarischen Initiativen zur Schaffung einer erneuten humanitären Altfallregelung an der CDU/FDP-Landtagsmehrheit gescheitert. Zahlreiche niedersächsische Einzelfälle belegen jedoch, dass bereits heute sowohl die Notwendigkeit einer humanitären Altfallregelung als auch eines vorläufigen Abschiebungsstopps besteht«, erklärte Rübke.

Diese Notwendigkeit schien auch von der niedersächsischen FDP zwischenzeitlich eingesehen worden zu sein. In einem an den Innenminister adressierten Brief schreibt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion mit Datum vom 22. August 2006:

»Mit großer Freude habe ich der heutigen Presseberichterstattung (taz vom 22.08.06) entnommen, dass Sie sich für eine Bleiberechtsregelung für alle Betroffenen, »die sich rechtskonform verhalten haben« und für eine »Erleichterung bei Erteilung der Arbeitserlaubnisse« einset-

zen wollen. Damit berücksichtigen Sie die Forderungen der FDP-Landtagsfraktion in den beiden dringendsten Problemfeldern des Zuwanderungsgesetzes. Hierfür möchte ich mich im Namen unseres Fraktionsvorsitzenden Dr. Philipp Rösler und der gesamten Fraktion herzlich bei Ihnen bedanken. Nachdem wir nun bei der Frage eines Bleiberechts eine gemeinsame Position gefunden haben, sollte die Landesregierung bis zur abschließenden Abstimmung in der Innenministerkonferenz ein Moratorium für Abschiebungen in den Fällen ausrufen, die eine Chance haben, unter die kommende Bleiberechtsregelung zu fallen.«

Offenbar bestand jedoch entgegen dieser Wahrnehmung der FDP-Landtagsfraktion nach wie vor keine Übereinstimmung mit dem Innenminister. Dieser hat jedenfalls mit Pressemitteilung – ebenfalls vom 22. August 2006 – die vom Koalitionspartner getroffenen Behauptungen dementiert. In seiner Pressemitteilung heißt es dazu: »Innenminister Uwe Schünemann hat sich nicht für ein Bleiberecht ausgesprochen. Dies ist auch nicht geplant.«



**Jutta Rübke,
innenpolitische Expertin**

Auch die FDP ist zwischenzeitlich eingeknickt: Weder von einer humanitären Bleiberechtsregelung noch von einem Abschiebemoratorium wollte der Redner der FDP-Fraktion in der Landtagssitzung vom 14. September etwas wissen. Dazu Jutta Rübke: »Es ist bedauerlich, wenngleich für mich nicht wirklich überraschend, dass sich die zwischenzeitlichen liberalen Wandlungen der FDP als bloßes Kommunalwahlkampfgetöse herausgestellt haben. Es ist allerdings zynisch, wie hier versucht wird, politisches Kapital aus den Schicksalen der betroffenen Menschen zu schlagen.«

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Verschlechterungen im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer

Die zehn bewährten Grundsätze grundlos aufgehoben

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wurde vor 20 Jahren gegründet. Die so geschützte einzigartige Küstenlandschaft an der Nordsee umfasst rund 2.800 Quadratkilometer. Die Vielfalt der Biotope ist großartig: Watt, Priele, Strände, Dünen, Sandbänke und Salzwiesen bieten Millionen von Brut- und Zugvögeln, tausenden Seehunden und zahlreichen anderen Arten einen wertvollen Lebensraum.

Konfliktträchtig waren von Beginn an die Ansprüche der anthropogenen Nutzungen im Nationalpark. Nach wie vor beeinträchtigen Eingriffe für Deichbau, Schiffsverkehr, Energiegewinnung oder Fischerei den Nationalpark.

Im Jahr 1995 konnte diesbezüglich ein beachtlicher Erfolg gefeiert werden. Der niedersächsische SPD-Landesregierung, die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Naturschutz- und Deichverbänden und Naturschutz- und Küstenschutzbehördenvertretern unterstützt wurde, verabschiedete nach langem Pro und Contra zehn Grundsätze zum Küstenschutz. »So viel Küstenschutz wie nötig, soviel Naturschutz wie möglich«, lautete das einvernehmlich erzielte Motto, dass sich seitdem bewährt hat.



**Hans-Dieter Haase,
umweltpolitischer Sprecher**

Die jetzige CDU/FDP-Landesregierung hat die guten Erfahrungen mit den zehn Grundsätzen und den ergänzenden freiwilligen Vereinbarungen, wie etwa das Kleisuchprogramm des Landkreises Friesland, jedoch ignoriert. Auf intensives Betreiben des niedersächsischen Umweltmi-

nisters Hans-Heinrich Sander, FDP, wurden die Grundsätze aufgeweicht und zu Gunsten des Deichbaus grundlegend verändert.

Hans-Dieter Haase, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, schätzt dies als massive Verschlechterung des Schutzstatus im Nationalpark ein. Insbesondere die empfindlichen Salzwiesen seien betroffen. Sie müssen nun aus Kostengründen zur Kleientnahmen für den Deichbau herhalten. Alternativenprüfungen oder Risikoabschätzungen fehlten völlig. Ebenso gibt es keine Berechnungen darüber, wieviel Klei in den kommenden Jahren tatsächlich benötigt würde.

»Minister Sander hat mit diesem Vorpreschen dem Miteinander von Küsten- und Naturschutz eine Absage erteilt«, urteilt Haase. »Die Bemühungen des Landes um Anerkennung des Wattenmeernationalparks als Weltnaturerbe werden ebenfalls leichtfertig aufs Spiel gesetzt«, so der Umweltexperte weiter. »Ein konsensualer Ansatz ist nicht mehr erkennbar, der Minister hat einfach »per Order de moffti« für die Nutzerinteressen entschieden«, urteilt Hans-Dieter Haase abschließend.

Forsmark I und seine Folgen in Niedersachsen

Seit dem 25. Juli ist die Debatte um die Sicherheit von Atomkraftwerken verstärkt in der Diskussion. Im schwedischen Forsmark I führte an dem Tag ein Kurzschluss zu Fehlfunktionen bei den Schutzeinrichtungen des Reaktors. Die Notstromversorgung versagte teilweise; nur zwei von vier Notstromdieseln sprangen an. Erst nach 20 Minuten gelang es der Belegschaft, die Generatoren in Betrieb zu nehmen. Im schlimmsten Fall hätte eine Kernschmelze einsetzen können. Eine Katastrophe vergleichbar mit Tschernobyl wäre die Folge gewesen.

Das Bundesumweltministerium hatte die Länder daraufhin unverzüglich aufgefordert, die Sicherheit deutscher AKW zu überprüfen. In Niedersachsen sind 3 AKW in Betrieb: Grohnde, Lingen und Esenshamm.

Der niedersächsische Landtag befasste sich im Rahmen eines Entschließungsantrages der Grünen am 14.9. intensiv mit

der Frage, ob eine unabhängige Sicherheitsprüfung stattgefunden habe. Anlass war das Handeln des Umweltministers Sander, FDP, der am 8.8. erklärte, er schließe sich der sicherheitstechnischen Bewertung der AKW-Betreiber an. In der Unterrichtung des Umweltausschusses wurde vom Landesumweltministerium erklärt, man wisse zwar nicht genau was in Schweden passiert sei, aber in Niedersachsen sei ein solcher Störfall ausgeschlossen.

Klaus-Peter Dehde, Vorsitzender des Umweltausschusses der SPD-Fraktion und gleichzeitig energiepolitischer Sprecher, wies mit Nachdruck darauf hin, dass in Schweden genau der Fall eingetreten sei, der für unvorstellbar gehalten wurde und daher nicht in entsprechende Sicherheitsüberprüfungen einbezogen war. Dies verdeutlichte, dass die Hochrisikotechnologie jederzeit die Gefahr einer Katastrophe darstelle.

Er verurteilte das Verhalten des Umwelt-



**Klaus-Peter Dehde,
energiepolitischer Sprecher**

ministers als leichtfertig und forderte neutrale Gutachter, die die Notstromsysteme der niedersächsischen AKW überprüfen sollen.

Kommunale Energieversorgung gewährleisten

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit großer Besorgnis die Entwicklungen am Energiemarkt beobachtet. In jüngster Zeit häufen sich die Pressemeldungen mit Titeln wie »Die großen Energieversorger zocken die Verbraucher ab«, »Monopolbildung bedroht kommunale Energieversorger« oder »Preise steigen an«.

Dem Verbraucher kann schwindelig werden bei den Spekulationen, die für Gas und Strom zwischen 4 bis 20% Erhöhung liegen. 31 von 68 kommunalen Energieversorgern haben bei Umweltminister Hans-Heinrich Sander, FDP, bereits Erhöhungen beantragt, die direkt den Endverbraucher treffen werden. Sander rät den Kunden, einfach den Anbieter zu wechseln. So schlicht lässt sich nach Auffassung des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Dieter Möhrmann, dieses komplexe Problem jedoch nicht lösen.

Auf dem Strommarkt ist es in den letzten drei Jahren zu einer Kostenexplosion gekommen. Die kommunalen Stadtwerke müssen sich an der Strombörse in Leipzig versorgen. Sie haben eine Verteuerung von 3 auf 6 Cent erfahren. Grund für die Erhöhung ist die Monopolstellung der »Großen Vier«, E.on, EnBW, Vattenfall und RWE, bei denen 80 bis 90% der Erzeugung liegen. Spotmengen verbleiben an der Börse. Dies treibt den Einkaufspreis für die Kommunalen Versorger nach oben. Hinzu kommen die Netzentgelte,

die die »Großen Vier« für die Nutzung ihrer Netze erheben. Bei Gas sind das bis zu 22%, bei Strom bis zu 30% des Gesamtpreises. Für die Überprüfung der Durchleitungskosten ist die Bundesnetzagentur zuständig.

Als Regulierungsbehörde – in Niedersachsen per Auftrag auch für die kleineren Betreiber zuständig – wirft sie den Betreibern vor, zu hohe Kosten anzusetzen und ineffizient zu arbeiten und erkennt daher einen Teil der Kosten nicht an. So müssten sich vor allen Dingen die kleineren Betreiber auf höhere Abstriche einstellen. Der Parlamentarische Geschäftsführer Dieter Möhrmann vertritt die Auffassung, dass gerade die kommunalen Stadtwerke schlank und effizient aufgestellt sind und mit eigenen Netzen respektable Vermögen vorhalten. Sie garantieren, professionell betrieben, gute Kapitalverzinsung auch unter regulierten Bedingungen. Weitere Abstriche führen zu existenzbedrohenden Verlusten.

Bereits im Juli-Plenum des Landtages hat

die SPD-Fraktion dies Thema zur »Dringlichen Anfrage« an die Landesregierung gemacht. Es stellte sich heraus, dass sich die Landesregierung über die dramatischen Folgen dieser Entwicklung nicht bewusst war. Die SPD-Fraktion hat in der Frage nicht nachgelassen und im September-Plenum einen Entschließungsantrag eingebracht. Mittlerweile haben alle Fraktionen die komplexe Problematik erkannt und die negativen Folgen für Endverbraucher und kommunale Energieversorger sind in der aktuellen Debatte angekommen.

Massive Proteste und Gegeninitiativen verschiedenster kommunaler Energieversorger haben bei der Bundesnetzagentur bereits ein Nachdenken bewirkt und es werden neue Modelle diskutiert.

Die SPD-Fraktion wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass es nicht zu Verschlechterungen für die Energieversorger und Endverbraucher in Niedersachsen kommt. Sie wird die Landesregierung diesbezüglich nicht aus der Verantwortung lassen.

»Bildung auf einen Blick« – OECD-Studie kritisiert geringe Studierendenzahlen

Deutschland droht im internationalen Vergleich zurückzufallen«, sagte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Gabriele Andretta, in Anbetracht des aktuellen OECD-Bericht »Bildung auf einen Blick«. »Wenn die Politik nicht umsteuert, werden wir unseren wichtigsten Trumpf im internationalen Standortwettbewerb verspielen: Den hervorragenden Ausbildungsstand der Menschen in Deutschland.«

Zwar sei der Anteil der Hochschulabsolventen am jeweiligen Altersjahrgang in den vergangenen Jahren auf 20,6 Prozent gestiegen. »Aber andere Staaten waren eben sehr viel erfolgreicher als Deutschland«, bemängelte Andretta. »Wir liegen weit unter dem Durchschnitt aller OECD-Staaten von 34,8 Prozent.«

Die Wissenschaftspolitik in Niedersachsen sei symptomatisch für falsche Weichenstellungen: »Während Minister Stratmann verzweifelt versucht, den Status quo zu halten, investieren andere Bundesländer

und erst recht ausländische Staaten massiv in die Hochschulen«, so Andretta. »Wir brauchen neben der Stärkung der frühkindlichen Bildung vor allem einen Ausbau der Hochschulen. Ansonsten können wir Niedersachsen weder im nationalen noch internationalen Wettbewerb bestehen.«

Der OECD-Bericht ist im Internet unter <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=8436&lang=de> zu finden.



Dr. Gabriele Andretta,
wissenschaftspolitische Sprecherin

Eigenverantwortliche Schule nach »Gutsherrenart«

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stimmte vor einigen Monaten der Regierungsvorlage zur Eigenverantwortlichen Schule zu. Dieses führte in Fachkreisen zur Verwunderung, wurde das Gesetz von Kultusminister Busemann doch allgemein als Eigenverantwortliche Schule nach »Gutsherrenart« empfunden.

Im September-Plenum überraschten Bündnis 90/Die Grünen dann mit dem Entschließungsantrag »Eigenverantwortliche Schule: Erlasse aufheben – Gestaltungsräume der Schulen erweitern«. Offenkundig hatte die Kritik an der Eigenverantwortlichen Schule endlich auch die Grünen erreicht und diese veranlasst, zu retten, was zu retten ist. »An der Zustimmung der Grünen zum Regierungsantrag beißt aber keine Maus den Faden ab«, erklärte die bildungspolitische Sprecherin Ingrid Eckel. Der nachgeschobene Antrag sei ein

schlecht gelungener Versuch, Sand in die Augen der Bürgerinnen und Bürger zu streuen.

Den Schulen eine Rechtsgrundlage für souveränes Handeln zu geben – das war der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen bei der Eigenverantwortlichen Schule. Die Schulgesetznovelle der Regierungsfaktionen enthält demgegenüber so gut wie keine Regelungen zur Erweiterung der Gestaltungsfreiheit der niedersächsischen Schulen.

Die Grünen scheinen tatsächlich geglaubt zu haben, mit ihrer Zustimmung einen besonders geschickten Coup gelandet und der Gesetzesnovelle einen grünen Anstrich verpasst zu haben. »Mitnichten – man könnte eher sagen, sie haben sich über den Löffel barbieren lassen«, sagte Ingrid Eckel.



Ingrid Eckel,
schulpolitische Sprecherin

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

26.09.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

17.10.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

02.10.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

31.10.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

02.10.2006, 14:00 bis 16:00 Uhr

Fraktionssitzung
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

31.10.2006, 14:00 bis 16:00 Uhr

Fraktionssitzung
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

09.10.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

07.11.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

09.10.2006, 15:00 bis 17:00 Uhr

Fraktionssitzung
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

07.11.2006, 14:00 bis 16:00 Uhr

Fraktionssitzung
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

10. bis 12.10.2006

Landtagsplenum
Niedersächsischer Landtag, Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Zum Vormerken:

24.02.2006

Tag der offenen Tür im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1,
30159 Hannover

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Schünemann schwacher Sachwalter der Kommunen

Dreister Griff in die Gemeindekassen kostet rund 500 Millionen Euro

Jetzt steht es fest. Auch nach der Vorlage des Haushaltspolitentwurfs und der Mittelfristigen Finanzplanung werden die Kommunen in Niedersachsen die großen Verlierer der Landesregierung sein. Zum dritten Mal in Folge greift der Finanzminister tief in die Kassen von Städten, Gemeinden, Landkreisen und der Region Hannover. Fast 500 Millionen Euro verlieren die Kommunen seit 2005.

»Die Bürgerinnen und Bürger können selbst ausrechnen, wie hoch der Verlust der eigenen Kommune ist, mit dem sie zur so genannten Einsparpolitik der Regierung Wulff beiträgt«, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Aller jetzt in einer Veranstaltung vor Kommunalpolitikern. »Die Faustregel lautet: rund 20 Euro pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr. Für eine Stadt mit 30.000 Einwohnern sind das immerhin rund 1,8 Millionen Euro, die allein über den Kommunalen Finanzausgleich wegkürzt werden. Es ist völlig unverständlich«, so Aller, »wie sich die Landesregierung Mittel als Einsparung zurechnen kann, die Kommunen häufig genug als Kredite finanzieren müssen.«

Der große Verlierer bei den diesjährigen Haushaltsberatungen und der Aufstellung der Mittelfristigen Finanzplanung sei Innenminister Uwe Schünemann. Heinrich Aller wirft Schünemann – der auch zuständiger Minister für die Kommunen ist – vor, zum dritten Mal in Folge den dreisten Griff des Landes in die Gemeindekassen nicht abgewehrt zu haben. Trotz der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung, die Finanzminister Möllring ganz selbstverständlich für 2007 einge-

plant hat, schreibe die Landesregierung die Kürzungen im KFA fort, um die eigenen Haushalte zu schönen. Völlig unverständlich sei, warum die Landesregierung Anfragen der SPD im Landtag zur Kasenlage der Kommunen nicht vor der Kommunalwahl offen lege. Aller vermutet, dass die Kassenkredite der niedersächsischen Kommunen absolut und im Ländervergleich wie in den Jahren zuvor unter Schünemann auf Rekordhöhe liegen.

Scharf kritisiert der ehemalige Finanzminister Heinrich Aller das Verhalten des Innen- und Kommunalministers im laufenden Wahlkampf: »Ohne einen Funken von Selbstkritik wirft Schünemann Räten und Kommunalpolitikern vor, ihre Hausaufgaben nicht zu machen, nicht genug zu kürzen oder zu viel auszugeben. Dass er selbst Mitverursacher der Haushaltsprobleme ist, übersieht oder verschweigt der Minister.«

Schon gar nicht will er daran erinnert werden, dass er vor der letzten Kommunalwahl den Kommunen versprochen hatte, die Bedarfsszuweisungen für finanzschwache Kommunen nicht – wie nach der Wahl geschehen – zu kürzen, sondern



**Heinrich Aller,
Finanzexperte**

zu erhöhen. Wortbruch auch beim Konnektivsprinzip: Erst als das Land alle bei den Kommunen kassenwirksamen Kürzungen unter Dach und Fach hatte, verabschiedete die Landtagsmehrheit das entsprechende Gesetz. Allein bei der Finanzierung der Investitionen von Ganztagsschulen hat sich Schünemann zum Nachteil zahlreicher Gemeinden von seinem Kultusminister »über den Tisch ziehen« lassen. »Viele haben viel, andere haben – wie Seelze – gar nichts bekommen«, rechnet Aller Schünemann vor.

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover, www.spd-landtag-nds.de

V.i.S.d.P.:
 Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:
 Tobias Dünnow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
 Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:
 Daniel Josten